

Professor Dr. Manfred Wilke,
Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, Berlin
Die Zerschlagung des Bürgertums in der SBZ / DDR

Vortrag auf der Tagung „**Bürgergesellschaft – Möglichkeit zur Rettung unseres Gemeinwesens**“ des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 9. bis 11. Februar 2007 in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach.

In meinem Vortrag geht es darum, in Erinnerung zu rufen, dass es in Deutschland nach 1945 einen Teilstaat gegeben hat, in dem die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft am Anfang stand. Die Perspektive, aus der ich vortrage, ist die Strategie der Zerstörer dessen, was man vereinfacht bürgerliche Gesellschaft in Mitteldeutschland nennen kann. Aus dieser Analyse dann Strategien für heute abzuleiten - da mache ich ein Fragezeichen. Geschichte ist wichtig, um zu verstehen, warum wir da angekommen sind, wo wir uns heute befinden.

In der DDR gab es eine andere Zivilisation - um diesen Begriff einmal zu benutzen -, es war in meinem Verständnis sowjetische Fremdherrschaft. Das war eine Gesellschaft, die den Individualismus, die Eigenständigkeit der Person und die Eigenverantwortlichkeit zerstören musste, um als kollektivistische, von der Partei geführte Gesellschaft überhaupt funktionieren zu können. Dieser Geist, in dem die gesamte Intelligenz der DDR über eineinhalb Generationen erzogen worden ist, ist nicht wirklich überwunden worden.

Der PSD -Vorsitzende Gregor Gysi referierte auf dem Wahlparteitag der PDS im Februar 1990 über die Maßnahmen und Schritte, mit der sich die SED-Diktaturpartei 1989/90 umgewandelt hatte, sinngemäß: Wir sind eine Rechtsstaatspartei. Wir sind dafür, dass keine Rachejustiz stattfindet. Wir sind dafür, dass das DDR-Recht gilt. Hans Modrow überschrieb das enteignete Bauernland den Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften (LPG). Er erlaubte, dass die „Sicherheitsorgane“ und alle anderen, auch die Lehrer, ihre Personalakten säubern durften. All dieses war DDR-Recht, das hatte die Bundesrepublik zu akzeptieren und die Bundesrepublik hat akzeptiert. Juristen des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED wurden Rechtsanwälte, als wäre DDR-Recht kompatibel mit dem Recht, das in der Bundesrepublik bestand und weiterhin besteht. Kurzum: Es gilt in der aktuellen Diskussion, dieses SED-Erbe im vereinigten Deutschland überhaupt wieder ins Bewusstsein zu heben. Damit will ich beginnen.

Vor ein paar Tagen gab es in der ARD eine Dokumentation über die Entwicklung der Europäischen Union. Dort wurde berichtet, dass 1957, als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet worden ist, das schon ganze Deutschland bis zur Oder Mitglied war. Sind wir denn so weit, dass schusselige Journalisten gar nicht mehr wissen, dass es bis 1989/90 zwei Gesellschaftsordnungen, zwei Staatsordnungen in Deutschland gegeben hat?

Zurück in die DDR, in die sowjetische Besatzungszone (SBZ). Wenn wir von der Geschichte dieses kommunistischen Teilstaates reden, gehört das erste Wort dem „großen Stalin“. 1940 stand die sowjetische Führung zum ersten Mal vor einem Problem, das sie dann nach 1945 auch in der SBZ hatte. Durch den Hitler-Stalin-Pakt waren die baltischen Staaten zum Einflussbereich der Sowjetunion gekommen, und Georgi Dimitrow, Chef der damals noch bestehenden Kommunistischen Internationale, notierte in seinen Tagebüchern eine Lehrrede von Stalin über den

Zusammenhang von militärischer Expansion und gesellschaftlicher Transformation. Die Weltrevolution gelinge nicht ohne die Rote Armee, man werde jetzt in Litauen und Lettland zuerst nur Truppen stationieren und dann darauf warten, dass die fortschrittlichen Kräfte im Lande die innenpolitische Lage verändern und schließlich um den Eintritt in die Sowjetunion bitten. Das Gespräch fand Ende 1939 statt; im August 1940 war der von Stalin geplante Weg vollendet.

So verlief es auch in Deutschland. Die deutschen Kommunisten, die 1944/45 in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlerdeutschlands saßen, haben keine Revolution aus eigener Kraft vollzogen, sondern entscheidend war die Kombination von Roter Armee und sowjetischer Okkupationsstrategie.

Die Expansion des sowjetischen Imperiums war die Grundvoraussetzung kommunistischer Macht nach 1945. Für die Sowjets war es in Deutschland komplizierter als in anderen Ländern, die befreit wurden, Polen, Ungarn usw. Sie waren eine von vier Siegermächten, diese hatten sich in der Anti-Hitlerkoalition geschworen, Deutschland werde gemeinsam besiegt, besetzt und von den vier Mächten gemeinsam verwaltet.

Die Rhetorik der Anti-Hitler-Koalition basierte auf der amerikanisch-britischen Erklärung der Atlantik-Charta von 1941, in der es um den Kampf für Freiheit und Demokratie gegen die Achsenmächte ging. Schon bei der Potsdamer Konferenz zeigte sich 1945: Was demokratisch ist, interpretierten die Amerikaner und Engländer anders als die Sowjets. Einer der klugen Strategen der Amerikaner, Georg Kennen, schrieb 1945 nach der Potsdamer Konferenz, es sei völlig verrückt, sich einzubilden, man könne mit den Russen zusammen eine Demokratie in Deutschland einrichten, dies werde so nicht funktionieren. Man könne sich nicht zurückziehen, müsse noch das Land entnazifizieren und entmilitarisieren. Also werde man „unser Deutschland“ nehmen und die Russen das ihre. Damit wurde bereits 1945 im September die Logik der Blockkonfrontation klar formuliert.

Die kommunistische Partei, die 1945 entstand, verkündete, es sei nicht der richtige Zeitpunkt, um auf Deutschland die sowjetischen Verhältnisse zu übertragen. Nicht der richtige Zeitpunkt – das wurde von den Zeitgenossen schlicht überlesen. Die Kommunisten hatten nicht gesagt, dass sie nicht sowjetisieren wollten, sie hatten nur gesagt: nicht jetzt gleich. Wir müssen erst als die antifaschistische die demokratische Revolution zu Ende bringen, die seit 1848 in Deutschland unvollendet geblieben ist.

Hier kommt es darauf an, den Inhalt der Begriffe genau zu verstehen. Unter Antifaschismus wurde von Nicht-Kommunisten der Kampf gegen Hitler, die Beseitigung der Naziherrschaft verstanden. Aber das war nicht der Inhalt dieses Begriffs in der kommunistischen Politik. Für sie war Faschismus die „Herrschaft der aggressivsten Teile des Monopolkapitals der Großbourgeoisie“ - damit erscheint zum ersten Mal in diesem Referat der Begriff Bürgertum. Antifaschistische Politik hieß, „den Faschismus mit seinen Wurzeln auszureißen“.

Die Wurzeln des deutschen Militarismus und Faschismus waren auch im Verständnis der Westalliierten z. B. die preußischen Junker, die als Klasse oder als Schicht dem preußisch-deutschen Imperialismus die Offiziere und die Staatsbeamten geliefert hatten. Durch die Okkupation der deutschen Ostgebiete des Reiches wurde diese Klasse faktisch vernichtet. Der preußisch-deutsche Adel spielte als soziale Schicht im Nachkriegsdeutschland keine Rolle mehr, wie er sie bis 1933 in der Weimarer Republik noch hatte spielen können.

Die erste umfassend durchgeführte Reform, die Stalin befahl, war die Bodenreform. Sie wurde

begründet mit der Vernichtung der Wurzeln des preußisch-deutschen Militarismus. Das betraf vor allen Dingen den märkischen und mecklenburgischen Adel. Diese Güter, die nicht die Dimension der ostpreußischen Güter hatten, wurden 1945 enteignet. Es war übrigens die erste Nagelprobe in der Besatzungspolitik, wie weit die „Bürgerlichen“ sich beteiligten. Zu der Zeit waren ja vier demokratische Parteien zugelassen. Die damalige CDU wurde geführt von Andreas Hermes, der aus der Todeszelle von Plötzensee kam, und Hermes widersprach dem Block der antifaschistischen Parteien und verlangte eine Entschädigung für die Enteigneten. Er war nicht gegen eine Bodenreform, er war nur gegen die entschädigungslose Enteignung. Als er dann auch noch die Oder-Neiße-Grenze kritisierte, die zu weit nach Westen vorgerückt sei, und die erste Außenministerkonferenz nach Potsdam im September in London missglückt war, wurde 1945 der CDU-Parteivorstand in Berlin abgesetzt. Das war ein erstes Anzeichen für das, was folgen sollte.

In den Papieren von Oberst Sergij Tulpanow, der in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) für die Parteien und die Presse zuständig war, liest sich das so: Hinter der CDU versammelte sich bei künftigen Wahlen die Reaktion; man müsse verhindern, dass diese Partei, so wie sie sich entwickelt, bei den Wahlen eine Rolle spielt. Deshalb müsse dieser Vorstand abgesetzt werden, und man müsse zuverlässige, junge Kader aus der Provinz in diesen Parteivorstand schicken. Einer von denen war Gerald Götting, der von 1950 bis 1989 Vorsitzender war.

Das heißt, die erste Regung einer Verteidigung des bürgerlichen Eigentums in der Bodenreformfrage beantworteten die Sowjets mit der Absetzung der Politiker, die das Eigentum verteidigen wollten. Das geschah einen Tag vor der Konferenz der Kommunisten mit den Sozialdemokraten, in der es um die Vereinigung beider Parteien zur SED ging. Als der Vorsitzende der KPD Wilhelm Pieck im KPD-Vorstand gefragt wurde, warum die Sozialdemokraten der Einheit zugestimmt hätten, antwortete er, sie hätten doch das Lehrstück der CDU vor Augen gehabt. Besatzungszwang ist also eine der wichtigen Komponenten bei der Konstituierung dieser Diktatur.

Der zweite zentrale Eingriff betraf die Verstaatlichung der Großindustrie. Auch das wurde nicht als Sozialisieren dargestellt, sondern als Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher. So war in der SBZ Anfang 1946 schon über 60% der Großindustrie im Staatsbesitz. Die „Kronjuwelen“ aus dieser Enteignung wurden in sowjetische Aktiengesellschaften überführt und dienten als Arbeit der Deutschen für den sowjetischen Wiederaufbau. Diese Veränderung der Eigentumsverhältnisse fand also nicht, wie manche glauben mögen, 1949 statt, das war vielmehr schon seit 1945 sowjetische Besatzungspolitik.

Welche Rolle spielten dabei nun die deutschen Kommunisten? Von den 2500 Politikemigranten 1935 hatten nur ungefähr 400 Menschen 1944 Stalins Säuberungen überlebt. Diese 400 „Moskau-Kader“ wurden nach der Teheraner Konferenz 1943 aufgefordert, eine Gruppe zu bilden, in der Pieck das Programm für die Umwandlung Deutschlands unter den Bedingungen alliierter Okkupation ausarbeiten sollte.

Die Mitglieder dieser 20köpfigen Kommission, zu der natürlich Pieck und Ulbricht gehörten, waren im Grunde sowjetische Kader deutscher Nationalität. Das ist keine Übertreibung und keine Diffamierung. Ihre Kaderakten wurden im Zentralkomitee der KPdSU geführt. Sie waren ausgerichtet auf die Linie der sowjetischen Politik. Es gibt einen Schlüsselsatz, der noch nicht in unseren Schulbüchern steht. Wilhelm Florin sagte am 6. März 1944 in Moskau: „Die Grundfrage der deutschen Politik nach Hitler ist: wo geht Deutschland hin? Genossen, wir werden die Frage nicht so stellen: Ost- oder Westorientierung? Wir werden sagen: Freundschaft mit allen Völkern,

insbesondere mit der Sowjetunion.“ Das war die Grundlinie der Kommunisten für die deutsche Politik nach 1945, drei Monate bevor die Alliierten überhaupt in Frankreich landeten.

Diese Funktionäre der DKP gingen davon aus, dass nach dem Sieg über die Nazis der Kampf gegen die Westen beginnen würde, wie auch immer. In dieser Konzeption, unter den Bedingungen alliierter Besetzung, hieß der Arbeitsauftrag auch, eine programmatische Sprache zu finden - wie es Wolfgang Leonhard, der Adjutant von der Gruppe Ulbricht, so schön überliefert hat: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“.

Die Ausschaltung der Bürgerlichen aus der Politik in der SBZ war also eine zwingende Konsequenz, um diese Umwandlung im Geiste des sowjetischen Modells auf den Weg zu bringen, aber man konnte nicht sagen: „Wir enteignen die Großindustrie“, sondern: „Wir demokratisieren“. Die Amerikaner hatten die Vorstellung, dass man die deutschen Konzerne zerschlagen und entflechten müsse. Das konnte man mit „Wir demokratisieren“ ungefähr gleichsetzen, aber die sowjetische Entflechtung war eine Verstaatlichung und Übernahme, während die Amerikaner nicht daran dachten, die Privatindustrie abzuschaffen. Solche Begriffe zu finden, war eine der Aufgaben der erwähnten Kommission. Diese Kommission wurde 1945 überführt in die Gruppe der 150 Kader, die in Schlüsselpositionen der SBZ einrückten und als staatsaufbauende Partei angingen, die SBZ in eine Staatsform sowjetischen Typs umzuwandeln. Der sowjetische Gesellschaftstypus verlangt die führende Rolle der kommunistischen Partei. Diese Führung wird nicht in erster Linie durch Terror durchgesetzt (der gehört dazu, um Widerstand zu brechen), sondern mittels der Einführung einer zentralistischen Personalplanung für die gesamte Gesellschaft. In diesen Gesellschaften kann niemand etwas werden, der nicht das Parteibuch der Kommunisten hat oder den Kotau vor den Kommunisten macht. Das ist das, was ich vorhin gesagt habe: eine Gesellschaft, in der die individuelle Verantwortung, die individuelle Eigenbestimmung abgeschafft wird.

Das Wort Bürgertum ist ein schwammiger, diffuser Begriff. Im marxistischen Verständnis muss man unterscheiden zwischen dem Bürgertum, das die ökonomische Macht hat, also dem Großbürgertum, dem die großen Konzerne und Unternehmen gehören, und dem so genannten Kleinbürgertum in all seinen Schattierungen vom Anwalt über den Arzt bis zum gewerblichen Mittelstand, ja bis zu den Bauern.

Im Selbstverständnis des deutschen Bürgertums war die Politik nicht das entscheidende Feld. Das deutsche Bürgertum ist in Bezug auf die politische Selbstbestimmung in einer bürgerlichen Gesellschaft immer gescheitert. Im Kaiserreich - man muss die Aufsätze von Max Weber von 1916 hier erwähnen - begnügte es sich damit, dass es die ökonomische Macht hatte, aber einer dem Parlament verantwortlichen Regierung für die Politik des Reiches, wie es in England war, hat es nie gegeben. Max Weber, der ein bewusster Bürger war, war immer darüber verzweifelt, dass dieses deutsche Bürgertum politisch zu schwach war, um seine Interessenpolitik, die einer modernen Ökonomie, in Übereinstimmung mit staatlichem Handeln zu bringen. Eine der Ursachen für die Katastrophe des Ersten Weltkrieges ist sicher hierin zu suchen; aber das ist jetzt nicht unser Thema.

Diese Schicht des Bürgertums bekam in der Weimarer Republik ihre Chance; ich nenne nur Gustav Stresemann als einen der herausragenden Staatsmänner. Aber damit war 1933 Schluss. Daneben gab es ein sich kulturell definierendes Bürgertum und einen gewerblichen Mittelstand. Im Mittelpunkt bei diesen standen immer Schule, Ausbildung, Bildung, also Gymnasium und Universität. Eine der ersten Reformen, die in der SBZ nach der Bodenreform und vor der Enteignung der Großindustrie stattfanden, war 1945 die Schulreform, eine „demokratische Schulreform“, versteht sich. Sie begann damit, dass ohne Ansehen von Einzelfällen alle Lehrer, die

Mitglieder der NSDAP gewesen waren, einfach aus dem Schuldienst entlassen wurden. Man nahm in Kauf, dass viele Jahrgänge von Schülern keinen soliden Schulunterricht mehr erhielten. Wichtig war nur, dass man mit der Säuberung der Schule - natürlich nur von Nazis! - die Möglichkeit bekam, das Erziehungssystem von Grund auf in den Griff zu bekommen. Der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Universität. An der Berliner Universität gab es einen kommunistischen Mathematiker, auf den sich die sowjetische Militäradministration stützen konnte: Robert Havemann, den Privatdozenten für physikalische Chemie, der aus der Todeszelle des Zuchthauses in Brandenburg gekommen war und dem man nun das Max-Planck-Institut in Dahlem anvertraute. Er wurde sofort an der Berliner Universität zum Professor gemacht. 1948, drei Jahre später, hatten die Kommunisten schon den Apparat der Universität in der Hand. Innerhalb von drei Jahren hatten sie den Grundstock für ihre sozialistische Universität gelegt. Damals konnten sich die Berliner Studenten allerdings noch dafür entscheiden, in den Westsektor zu gehen; dort entstand dann die Freie Universität.

Die Schleifung der bürgerlichen Erziehungsinstitutionen gehörte also zu den ersten Schritten. Der Kommunist Johannes R. Becher, einer der führenden deutschen Schriftsteller im Moskauer Exil, hielt im Januar 1945 ein Referat, dass die Kommunisten aufgerufen seien, in Deutschland die Kultur zu erneuern. Sie müssten das bürgerliche Erbe sichern, seien die berufenen Fortführer des Fortschrittes der deutschen Geschichte, auch der Kulturgeschichte, natürlich des Erbes von Weimar, und so weiter. Das ging aber nicht ohne Organisationen, also folgte die Gründung des Kulturbundes und des Schriftstellerverbandes. Natürlich waren die meisten Künstler und Schriftsteller keine Kommunisten - das war diesen völlig bewusst -, aber in Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht konnten sie die Widerständigen, die nicht sozialistische Untertanen werden wollten, selektieren und die anderen gefügig machen. Damals begann die Einübung in das neue Gehäuse der Hörigkeit.

Auch Peter Florin war aus dem Moskauer Exil gekommen, ein junger Mann, der spätere DDR-Botschafter bei der UNO, ebenso Markus Wolf: Das waren die jungen Kader, auf die man setzte. Und man setzte auf die enttäuschte Kriegsgeneration, auf die Hitlerjungen, die alles verloren hatten und denen ein neuer Aufstieg angeboten wurde; übersetzt in die Sprache Walter Ulbrichts: Das sind unbeschriebene Blätter, die wir beschreiben werden. Die alten Kommunisten, die aus den Zuchthäusern und KZs kamen, wurden sofort von der Partei überprüft. Mein Freund Heinz Brand kam im Juni 1945 aus dem KZ Buchenwald und wurde in Berlin mit den Fragen empfangen: „Mit welchen Parteifeinden hast du in der Haft zusammengearbeitet? Was war Deine Position zum (Hitler-Stalin-)Pakt?“ Die prodeutsche Neutralität von Stalin 1939, 1941: das waren die Prüfungen für alte Kommunisten. Die Jugendlichen dagegen wurden ohne Prüfungen in die Partei aufgenommen. Dazu passte, dass eine demokratische Jugendorganisation entstand, die Freie Deutsche Jugend. Die Christen und die CDU-Mitglieder, die dabei waren und dann nicht „funktionierten“, verschwanden irgendwann im Gefängnis, aber 1945 / 1946 wurden sie alle noch gebraucht. Denn es war noch nicht der Zeitpunkt gekommen, das Sowjetsystem auf Deutschland zu übertragen. Das änderte sich 1947 / 1948.

Das bisher Referierte lässt sich so zusammenfassen: Sowjetische Siegerpolitik gegenüber dem besetzten und vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland stützte sich auf 150 von den Sowjets in Moskau „handverlesene“ deutsche Kommunisten, die Moskau-Kader. Sie waren die Kommunistische Partei. Welche weiteren Mitglieder sonst noch hinzukommen sollten, regelte Ulbricht schon im Februar 1945: Man müsse zuerst einmal alle in die Partei aufnehmen und dann, nach Besetzung der Schlüsselpositionen und der Festigung der Macht, mit dem Instrument der Parteiüberprüfung von der obersten Ebene her feststellen, wer „zu uns“ gehört und wer nicht. In den SED-Parteiüberprüfungen Anfang der 50er Jahre verloren dann über 250000 Genossen ihr

Parteibuch, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten.

Diese erste große Transformation verlief auch deswegen erfolgreich, weil die Zonengrenzen offen waren und viele vom Osten in den Westen flüchten konnten. Von 1945 bis Mitte 1989 sind ungefähr 4 Millionen, nach Zählung des Innenministeriums in Bonn, von Ost nach West gegangen - eine Zahl, die so nicht in den Schulbüchern steht. Deshalb meinte Stalin schon 1952, die innerdeutsche Grenze müsse befestigt werden, und Chruschtschow 1961, jetzt müsse auch das „Loch“ in Berlin geschlossen werden. So wurde die befestigte Grenze ein Markenzeichen des SED-Staates. Im Westen hatten manche Verständnis: das sei nicht böse, sie wollten nur ihr Staatsvolk behalten und ihre Ökonomie halbwegs in Gang halten – das seien doch verständliche, volkswirtschaftlich nachvollziehbare Gründe!

Diese erste Phase der Umwandlung der SBZ dauert ungefähr bis 1952. In diesem Jahr klärt sich dann in Deutschland endgültig, dass der Weststaat in den Westen integriert wird und dass die Vorstellung Stalins von einer Neutralisierung ganz Deutschlands unter Verzicht auf eine eigenständige westdeutsche Armee und auf die Integration in die Nato gescheitert war. Nun erlaubt Stalin der SED (die Öffnung der Archive ermöglicht es jetzt, das zu dokumentieren), die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen, ohne Rücksicht auf Westdeutschland. Dazu gehört auch der von Stalin geforderte Aufbau einer Armee von 350000 Mann, die relativ schnell einsetzbar sein sollte; denn damals rechnete man in Europa noch mit Krieg.

Im Zuge des Baus dieser Grundlagen des Sozialismus nimmt der SED-Staat seine spätere Form an. Die deutschen Länder, die als Konzession an die Alliierten zunächst gebildet worden sind, werden abgeschafft. Es entsteht der zentralistische Einheitsstaat. Jetzt beginnt man mit der Kollektivierung der Landwirtschaft. 1945 war es um Bodenreform gegangen, die Verteilung von Land an arme Bauern und vor allem an Flüchtlinge. Jetzt ging es um Kollektivierung. Der nächste Schritt war die Liquidierung des gewerblichen Mittelstandes und des Einzelhandels zugunsten der staatlichen Handelsorganisation (HO) und der „Konsum“-Läden. Die ungeplante Folge dieser stürmischen Maßnahmen: Es gab Versorgungskrisen in der DDR, es gab immer weniger statt mehr Lebensmittel zu kaufen. Um den Mangel zu regulieren, hatte dieser Maßnahmestaat natürlich weitere gegen das Bürgertum gerichtete Folgen. Den freien Berufen, den Handwerkern wurden die Lebensmittelmarken entzogen, und man begann, das Steuerrecht als Waffe einzusetzen. Nicht nur das: Bauern, die weniger als vorgeschrieben abgeliefert hatten, wurden nicht mit Strafgeld belegt, sondern mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft. Die Gefängnisse der DDR füllten sich.

Nach 1945 hatten die Sowjets die Kirchen relativ in Ruhe gelassen. Sie brauchten sie, um in diesem geschlagenen, orientierungslosen Land Inseln der Stabilität zu schaffen. Sie wurden natürlich nur relativ in Ruhe gelassen. Der Sechzigste aus den Reihen des Nationalkomitees Freies Deutschland, der im Juni 1945 aus der Kriegsgefangenschaft nach Deutschland zurückkehren durfte, war der Pastor Friedrich Wilhelm Krummacker. Hinter seinem Namen in der Entlassungsliste steht, er könne „für uns“ in der Kirche eingesetzt werden, unterschrieben von Erich Weinert (KPD). Krummacker wird von Bischof Martin Dibelius in Berlin als Verbindungsmann zur sowjetischen Militäradministration eingesetzt.

Die evangelische Kirche war auch die erste Institution, die die DDR als Staat anerkannte, indem sie in Bonn und Ostberlin gleichberechtigte Beauftragte der EKD bei den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik einsetzte. In Berlin war das Probst Heinrich Grüber, der im KZ Sachsenhausen inhaftiert war.

Christliche Jugendarbeit nach dem Krieg war natürlich pazifistisch, die FDJ war bis Anfang der

50er Jahre eine pazifistische Großorganisation: „Nie wieder Krieg!“. 1952 dagegen ging es um die DDR-Armee von 350 000 Soldaten, die Stalin verlangte. Jetzt, angesichts des Koreakrieges und der Konfrontation mit dem „US-Imperialismus“, war das natürlich eine falsche Losung. Jetzt hieß es: Natürlich gebe es gerechte Kriege; müsse man etwa darüber diskutieren, dass es erfreulich sei, dass Mao Tse Tungs Rote Armee in Peking einmarschiert? Und die Rote Armee sei 1945 auch nicht mit Blumenwedeln gekommen, sondern mit T 34-Panzern. Es fand also eine Umkehrung der Propaganda statt, mit dem Ziel der Aufrüstung einer deutschen „Volksarmee“ gegen den „US-Imperialismus“ und die „Besetzung Westdeutschlands durch die imperialistischen Mächte“. Auf einer Briefmarke erschien Marschall Blücher als Beispiel deutsch-russischer Waffenbrüderschaft (1813).

Das ging aber nicht gut mit der Jungen Gemeinde und den jungen Christen, die seit 1945 sagten „Nie wieder“. Außerdem beanspruchte jetzt die SED das ideologische, totalitäre Monopol; die Kirche galt nun als ein Refugium der Bewahrung deutscher, bürgerlicher Tradition, gerade des Bildungsbürgertums in diesen östlichen Teilen Deutschlands, den protestantischen Kernlanden. Also begann die SED 1952 den Kirchenkampf. Die Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) wurden gegründet, um das Bildungsmonopol des Bildungsbürgertums zu brechen. Die evangelischen Oberschüler oder die Studenten, die sich zur Jungen Gemeinde bekannten, wurden aus den Schulen und Universitäten „hinausgesäubert“. Zwischen Sommer 1952 und Frühjahr 1953 versuchte die SED, mit Terror den Einfluss der Kirche in der Gesellschaft zu brechen.

Dann gibt es eine wichtige Zäsur. Im März 1953 stirbt Stalin. Im Mai 1953 sah sich die sowjetische Führung die Lage in ihrer Besatzungszone ernsthaft an und stellt fest, dass ungefähr 450000 Menschen geflohen waren, dass die Unzufriedenheit stieg und so die Zustände in der DDR den westdeutschen Staat geradezu stabilisieren mussten. Aus diesem Grund wurde der so genannte Neue Kurs geboren. In Bezug auf die Kirche bedeutete das: Der Kurs wurde korrigiert, Ulbricht von Moskau befohlen, nicht mehr administrativ in die Kirchen hineinzuregieren, die aus Schule und Universität relegierten Schüler und Studenten wieder zurückkommen zu lassen, Freiberuflern wieder Lebensmittelkarten zuzuteilen und den gegen ihren Willen enteigneten Bauern ihr Land zurückzugeben. Das war also eine entscheidende Kurskorrektur. Als Ulbricht am 6. Juni aus Moskau zurückkehrte, hatte Probst Heinrich Grüber schon aus sowjetischen Quellen erfahren, dass es einen Kurswechsel der Kirchenpolitik geben werde. Otto Grotewohl konnte schon am 10. Juni feiern, dass er ein neues Abkommen mit der Kirche abgeschlossen hatte.

Dann kam der 17. Juni. Auch danach - das hatten die Russen der SED natürlich gesagt – blieben die Kommunisten eine atheistische Partei; aber man solle andere Methoden im Umgang mit den Kirchen finden. Die erste, sehr wirksame Methode war die Einführung der Jugendweihe. Dabei fand das letzte offene Gefecht der evangelischen Kirche gegen den SED-Staat statt, und das hat sie verloren. Denn ohne Jugendweihe gab es keine Arbeitsstelle, kein Studium - nichts. Die zweite Maßnahme: Um zu wissen, was die Kirche tut und die Partei, gründete die SED eine Abteilung für Kirchenfragen und eine beim Ministerium für Staatssicherheit. 1954 beginnt eine Entwicklung, für die der Name Manfred Stolpe steht. Vornehmlich Juristen in den höheren Etagen der Kirche - sagen wir - kooperieren konstruktiv mit der Stasi. Man sprach vielleicht auch einmal mit den Genossen der SED darüber, welche „realistischen Kräfte“ Bischöfe werden sollten usw. usw. Zugleich sank die Zahl der Mitglieder in den Kirchen kontinuierlich. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte der kommunistischen Strategie war auch in diesem Fall die Jugend, die „unbeschriebenen Blätter“ Ulbrichts. Es ging darum, Kontinuität zu zerstören, Strukturen zu brechen und neue Traditionen zu setzen, also die Menschen ihrer Identität zu berauben, um sie verfügbar zu machen. Diese Liquidierung des bürgerlichen Milieus in der DDR war in der Mitte der 50er Jahre , als die

Deutsche Demokratische Republik souverän wurde, de facto schon abgeschlossen. Der Rest an gewerblichem Mittelstand wurde dann 1972 beseitigt, als die Unternehmen gezwungen wurden, den Staat als Miteigentümer aufzunehmen. Die so genannten bürgerlichen Parteien, die LDPD und die CDU, die ja noch in der Volkskammer existierten und ihr Geld und ihr hauptamtliches Personal von der SED zugeteilt bekamen, stimmten natürlich einstimmig zu. Jedenfalls muss man zusammenfassend sagen, dass die kommunistische Strategie zur Zerstörung des Bürgertums in der DDR auf ökonomischem, kulturellen und religiösen Gebiet im Großen und Ganzen funktioniert hat.